



Nr. 46

22. November 2013

Inhalt

[dbb Bundesvorsitzender Dauderstädt: „Eine erzwungene Tarifeinheit bringen wir vor das Bundesverfassungsgericht“+++](#)

[1. Bundesseniorenkongress: dbb Chef Dauderstädt für mehr Teilhabe älterer Menschen+++](#)

[Lehrkräfte in Sachsen: Verhandlungen mit Staatsregierung unterbrochen+++](#)

[Nach OECD-Studie: Stich für mehr Investitionen in Bildung+++](#)

[dbb jugend: Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit verstärken+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Gewerkschaftstag bestätigt Landesvorstand des dbb bremen im Amt+++](#)

[BBB: Handlungsbedarf bei Ballungsraumzulage auch im Tarifbereich+++](#)

[Dienstrechtsreform in Sachsen: SBB will Zeit für Änderungen nutzen+++](#)

[Besoldungs- und Versorgungserhöhung: NBB von Regierungsfractionen enttäuscht+++](#)

[Entwurf für Doppelhaushalt 2014/2015: dbb rheinland-pfalz trifft Fraktionen+++](#)

[Personalrätekonferenz des dbb sachsen-anhalt: Arbeitsschutz und Gefährdungsbeurteilung+++](#)

[Große Beteiligung am Parlamentarischen Abend des dbb brandenburg+++](#)

[Neuer Bundesvorsitzender der Justiz-Gewerkschaft gewählt+++](#)

[DPoIG-Chef Wendt: „Mehr Mittel für polizeiliche Zusammenarbeit in Europa“+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb Bundesvorsitzender Dauderstädt: „Eine erzwungene Tarifeinheit bringen wir vor das Bundesverfassungsgericht“

(dbb) Der dbb wird mit aller Entschlossenheit gegen eine gesetzlich erzwungene Tarifeinheit kämpfen. Auf dem Gewerkschaftstag des dbb bremen am 20. November 2013 hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt seine Ablehnung der zwischen CDU/CSU und SPD diskutierten Pläne bekräftigt: „Zur Not werden wir Mittel und Wege finden, um solche Regelungen vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe prüfen zu lassen.“

In den Koalitionsverhandlungen wird dem Vernehmen nach derzeit geprüft, den Grundsatz „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag – eine Gewerkschaft“ gesetzlich festzuschreiben. Demnach dürfte nur noch die mitgliederstärkste Gewerkschaft in einem Betrieb mit den Arbeitgebern Tarifverträge aushandeln. Für den dbb Chef sind solche Pläne absolut nicht nachvollziehbar: „Erstens fehlt für solche Gesetze der Anlass, weil es nicht mehr Streiks als früher gibt. Gerade auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Zweitens sind solche Gesetze schlicht nicht praktikabel, weil sie mehr Probleme schaffen als lösen: Wer überprüft, welche Gewerkschaft die meisten Mitglieder hat? Welche Zeiträume sind der Maßstab? Wie ist ein Betrieb definiert? Drittens sind solche Gesetze unserer Ansicht nach letztlich grundgesetzwidrig. In Artikel 9 ist die Koalitionsfreiheit garantiert.“

Schreiben an Koalitionsarbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Bereits wenige Tage zuvor hatte Dauderstädt davor gewarnt, durch eine erzwungene Tarifeinheit die gewachsene Tarifikultur in Deutschland zu zerschlagen. In einem Schreiben an die Mitglieder der Koalitionsarbeitsgruppe Arbeit und Soziales vom 15. November schlug er vor, einen Diskussionskreis zum Thema zu initiieren, der mit allen Beteiligten das Problem erörtert. Es solle damit begonnen werden, „das Problem zu konkretisieren und zu quantifizieren. Schaut man nämlich auf die Tarifrealität im Herbst 2013, zeigt sich Deutschland – gewohnt – streikarm“, stellte der dbb Chef fest und bot weiterführende Gespräche an.

„Das Prinzip der Tarifpluralität bestimmt spätestens seit 2010 die Tarifrealität in Deutschland. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst und seine privatisierten Bereiche. Hier gestalten wir als dbb die Tarifrealität aktiv mit. Eine Ausweitung von Streikaktivitäten hat es hier nicht gegeben, schon gar nicht auf Seiten sogenannter Spartengewerkschaften“, schreibt Dauderstädt.
(01/46/13)

1. Bundesseniorenkongress: dbb Chef Dauderstädt für mehr Teilhabe älterer Menschen

Am 18. und 19. September 2013 ist in Berlin der 1. Bundesseniorenkongress des dbb unter dem Motto „ALTER?(nativ)LOS!“ zusammengekommen. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt betonte, dass eine angemessene Teilhabe von Senioren für die Gesellschaft im Zeichen des demografischen Wandels unverzichtbar ist. Dieses Thema werde ebenso wie die Vermeidung von Altersarmut und die Stabilisierung der Alterssicherungssysteme von entscheidender Bedeutung für die dbb bundesseniorenvertretung sein, die sich auf dem Kongress konstituierte und zu deren Vorsitzenden Wolfgang Speck gewählt wurde.

Dauderstädt bezeichnete es als Fehler, das Potenzial von Senioren bei der Umgestaltung der Arbeitswelt in Unternehmen und Behörden nicht zu nutzen. Solche altenfeindliche Verhaltensweisen schaden langfristig der gesamten Gesellschaft. Die Chance der demografischen Entwicklung „dürfen wir nicht mit zu viel rigo-

roser Paragraphen-Mechanik zerstören, die für individuelle Entscheidungen wenig Raum lässt oder solche gnadenlos sanktioniert.“ Nicht alle Menschen wollten und könnten gleich lange arbeiten, bevor sie in den Ruhestand gehen dürfen. Der dbb habe auch deshalb den Vorschlag der OECD, in jedem europäischen Land

die Altersgrenzen an das durchschnittliche Lebensalter zu koppeln, als „Eingriff in die nationale Souveränität“ zurückgewiesen. „Solche Entscheidungen müssen die jeweiligen Parlamente schon noch selbst treffen dürfen“, zeigte sich Dauderstädt überzeugt.

Verschiedene Systeme wie beispielsweise die Deutschen Rentenversicherung, die Beamtenversorgung, berufsständische Versorgungsmodelle und Betriebsrenten oder Varianten einer privaten Lebensversicherung könnten durchaus weiter nebeneinander existieren und sich auch ergänzen. Als „problematisch“ bezeichnete der dbb Chef dagegen einen „ständigen Ausstieg des Staates aus seiner Verantwortung für die Stabilität der Altersversorgung“. Insbesondere kritisierte er erneut einige Landesparlamente, die Rücklagen und Fonds zur Deckung von Haushaltsdefiziten zweckentfremdet haben, obwohl diese eigentlich die Belastung aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Ruhestand lindern sollten – und zu deren Auffüllung Beamte und Pensionäre deutlich beigetragen haben. Dauderstädt: „Deshalb habe ich kürzlich ange-regt, die regionale Verfügbarkeit durch zentrale Organisationsstrukturen der Ausführung der Beamtenversorgung zu hemmen. Nach dem Vorbild der Versorgungsanstalt Bund und Länder VBL könnte eine Versorgungsanstalt für Beamtenversorgung VBV unter Beachtung der jeweiligen Verpflichtungssummen jedes Dienstherrn und auch der in der Föderalismusreform 2006 erworbenen Zuständigkeiten für Ausgestaltung der Versorgung unter Aufsicht der Bundesbank verlässlicher agieren, auch in summa an den Geldmärkten erfolversprechender auftreten.“ Langfristiges Ziel bleibe aber die Beamtenversorgung wieder bundes-einheitlich zu regeln, machte der dbb Chef deutlich.

Wolfgang Speck Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung

Ein „forderndes und selbstbewusstes Auftreten“ gegenüber Politik und Medien im Interesse der Seniorinnen und Senioren kündigte auch Wolfgang Speck an, den 110 der 136 stimmberechtigten Delegierten zum neuen Vorsitzenden der dbb bundesseniorenvertretung wählten. Die Altersversorgung dürfe nicht zur Lotterie werden, sagte er. Speck war von 1991 bis 2003 stellvertretender Bundesvorsitzender, von 2003 bis 2007 dann Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG). In dieser Funktion agierte er auch im Bundeshaupt- und Bundesvorstand des dbb. Nach 42 Dienstjahren als Polizeibeamter beendete Speck 2007 seine aktive Berufslaufbahn.

Zur Zweiten Vorsitzenden wählten die Delegierten Uta Kramer-Schröder. Sie ist seit 1976 Mitglied des BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, wo sie sich seit 1991 in verschiedensten Ämtern engagierte – unter anderem als stellvertretende BDZ-Bundesvorsitzende. Auf dbb-Ebene agierte Uta Kramer-Schröder im Vorstand der dbb tarifunion, in der dbb bundesfrauenvertretung als Mitglied der Geschäftsführung. Sie war von 1969 bis 2007 als Chemotechnikerin an den verschiedenen Zoll-Lehranstalten tätig.

Anne Schauer (DSTG), Max Schindlbeck (VBE) und Klaus-Dieter Schulze (komba gewerkschaft) wurden zu den drei Stellvertretenden Vorsitzenden der dbb bundesseniorenvertretung gewählt. Deren Gründung war vom dbb Gewerkschaftstag im November 2012 beschlossen worden. Sie soll die besonderen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen älterer Einzelmitglieder von Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften des dbb auf Bundesebene vertreten und sich mit aktuellen Fragen der Seniorenpolitik befassen. (02/46/13)

Lehrkräfte in Sachsen: Verhandlungen mit Staatsregierung unterbrochen

(dbb) Am späten Abend des 19. November 2013 haben in Dresden die Tarifpartner (dbb, GEW, Sächsische Staatsregierung) die Verhandlungen über die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der Lehrkräfte in Sachsen nach mehr als zwölf Stunden vorläufig unterbrochen. Sie werden am Dienstag der kommenden Woche fortgesetzt.

Vor den Verhandlungen hatte dbb-Verhandlungsführer Willi Russ bereits ange-mahnt: „Wir gehen abschlussorientiert in die

Gespräche, aber ‚Billigheimer‘ sind wir nicht.“ Russ, als Zweiter Vorsitzender im dbb zuständig für Tarifpolitik, hatte sich in den vergange-

nen Monaten vehement dafür eingesetzt, eine Lösung am Verhandlungstisch zu finden. „Wir sind überzeugt, dass eine Verbesserung der tariflichen Rahmenbedingungen fair gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, wichtig für den Bildungsstandort Sachsen und als Zukunftsinvestition für den Freistaat auch bezahlbar ist.“ Nach unzähligen Sitzungen auf Arbeitsebene müssten nun Finanzminister Georg Unland und Kultusministerin Brunhild Kurth ein Bekenntnis ablegen: Wollen sie einen Kompromiss am Tariftisch oder wollen sie unzufriedene Lehrkräfte und Streiks auf unbestimmte Zeit, so Russ.

„Lippenbekenntnisse gab’s genug, die Vorschläge der Staatsregierung müssen Gewicht auf die Tarifwaage bringen“, machte Russ klar. „Die Lehrerinnen und Lehrer wollen Bewegung beim Thema Altersteilzeit, sie wollen ein Bekenntnis Sachsens zu einer Entgeltordnung für

Lehrkräfte und schließlich brauchen wir konkrete Maßnahmen, um den Lehrerberuf in Sachsen attraktiver zu machen.“

Das gelte für Gymnasien, Mittelschulen, Grundschulen, Förderschulen und Berufsschulen gleichermaßen. Die einzelnen Schultypen dürften hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Während der dbb eine neue Entgeltordnung auf Ebene der Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verhandeln will und erreicht hat, dass inzwischen auch Sachsen ein Bekenntnis für umgehende Verhandlungen auf TdL-Ebene einfordert, müssten die anderen Themen in Dresden gelöst werden. Russ: „Das muss konkret, zeitnah und umfassend geschehen. Sonst machen Verhandlungen bis zum Sankt Nimmerleinstag keinen Sinn. Dann müssen wir die Lösung gegen statt mit der Staatsregierung erarbeiten.“
(03/46/13)

Nach OECD-Studie: Stich für mehr Investitionen in Bildung

(dbb) „Deutschland muss mehr in Bildung investieren. Der Anspruch, möglichst gute Bildungsvoraussetzungen zu schaffen und die Wirklichkeit klaffen immer noch auseinander“, kommentierte Volker Stich, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, den neuen Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu Verwaltung und öffentlichen Investitionen in den Industrienationen vom 14. November. „Wenngleich die OECD-Berichte zu Bildungsfragen in Deutschland zu Recht kritisch gesehen werden, so zeigt trotzdem der jüngste Bericht, wo es Investitionsbedarf gibt. Ohne zusätzliche Anstrengungen wird es schwer werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem bisherigen Niveau zu halten.“

Besonders im Bereich der Bildung liegt Deutschland deutlich unter dem Durchschnitt der anderen OECD-Länder. Investieren diese im Schnitt 12,5 Prozent ihres Haushalts in Bildungsausgaben liegt der deutsche Schnitt bei lediglich 9,4 Prozent. „Qualifizierte junge Menschen sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der kommenden Jahre. Investitionen, die jetzt nicht getätigt werden, können später nicht nachgeholt werden“, sagt Stich. Andere Länder wie etwa die Vereinigten Staaten von Amerika hätten erkannt, dass Bildung eine der wichtigsten Ressourcen ist und würden diese auch entsprechend fördern. Die ständige Fortbildung von Lehrkräften und die angemessene Ausstattung der Bildungseinrichtungen seien wichtige Kriterien für den Zustand des Bildungssystems. „Hier wird in Deutschland insgesamt nicht genug getan.“

Bei allgemeinen öffentlichen Diensten liegt Deutschland hingegen im Schnitt der OECD-Staaten, bei den Gesundheitsausgaben wird leicht überdurchschnittlich investiert. Diese Zahlen seien aber kein Anlass zur Freude, erläutert Stich. „Die öffentlichen Verwaltungen arbeiten aufgrund des Personalabbaus seit der Wiedervereinigung häufig an ihren Kapazitätsgrenzen.“ Auch das Gesundheitssystem werde in den kommenden Jahren besonderen Belastungen ausgesetzt sein. „Der demografische Wandel wird sich hier verstärkt auswirken. Auch andere Industrienationen werden hier deutlich mehr investieren müssen, wenn eine angemessene Gesundheitsversorgung sichergestellt werden soll.“
(04/46/13)

dbb jugend: Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit verstärken

(dbb) Am 12. November trafen sich 24 der 28 europäischen Staats- und Regierungschefs in Paris, um über die Fortschritte beim europäischen Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand zum wiederholten Male die Jugendgarantie, die es jedem jungen Menschen unter 25 ermöglichen soll, innerhalb von vier Monaten in ein Beschäftigungsverhältnis zu kommen. „Bislang haben wir viele Versprechen gehört, Fakt ist aber auch, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bislang nicht deutlich gesunken ist“, kommentierte Michael Gadzalla, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend, das Treffen in Paris.

Zwar verkündeten die Staats- und Regierungschefs in Paris, insgesamt seien nun 45 Milliarden Euro im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit mobilisiert worden. Diese Zahl berücksichtigt allerdings auch 39 Milliarden Euro aus den europäischen Sozialfonds und von der Europäischen Investitionsbank, die unabhängig von der aktuellen Initiative zur Verfügung gestanden hätten. Explizit für die Jugendgarantie können 2014 und 2015 jeweils drei Milliarden Euro aufgewendet werden. Diese Investition steht allerdings schon seit Mitte des Jahres fest. „Die Aneinanderreihung von Gipfeln in europäischen Hauptstädten mit den immer gleichen Beschlüssen wird das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht lösen. Ohne Investitionen und einem damit verbundenen Aufschwung wird die Jugendarbeitslosigkeit nicht zurückgehen“, kritisierte Gadzalla.

„Junge Menschen wurden am stärksten von der Krise getroffen, ihre Arbeitslosenquote ist deutlich stärker gestiegen als die allgemeine.“ Dies sei kein akzeptabler Zustand, so der dbbj Vize. Die Jugendgarantie in der jetzigen Form,

ohne jeglichen Zwang zur Umsetzung und mit zu niedriger finanzieller Ausstattung, sei zum Scheitern verurteilt. „Europa wird auch daran gemessen werden, ob es der jungen Generation eine Perspektive schaffen kann. Dazu gehört auch ein stabiles Arbeitsverhältnis.“ Diese Perspektive fehle aber derzeit sehr vielen jungen Menschen.

Der öffentliche Dienst in den Mitgliedstaaten habe lange als stabiler und verlässlicher Arbeitgeber zur Verfügung gestanden, diese Rolle aber in Folge der Krise in einigen Staaten eingebüßt. Um diese Vorbildfunktion wieder übernehmen zu können, müssten die Sparbemühungen in den öffentlichen Haushalten um eine wirksame Beschäftigungsstrategie ergänzt werden. „Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass der Schuldenberg eines Landes nicht abgebaut werden kann, wenn gleichzeitig nicht investiert wird. Und ohne die Investition in einen effizienten und arbeitsfähigen öffentlichen Dienst ist wirtschaftlicher Aufschwung nicht denkbar“, erklärte Gadzalla.
(05/46/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Gewerkschaftstag bestätigt Landesvorstand des dbb bremen im Amt

(dbb) Bei Gewerkschaftstag des dbb bremen am 20. November 2013 wurde der gesamte Landesvorstand im Amt bestätigt. Als Ziele seiner Amtszeit formulierte der alte und neue Landesvorsitzende Jürgen Schröder insbesondere die Übertragung der Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich sowie eine insgesamt bessere Bezahlung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Eine besondere Bedeutung habe die Bezahlung auch für die Nachwuchsgewinnung, so Schröder weiter. Altersbedingt würden sehr viele

Beschäftigte ausscheiden, die Bewerberzahlen dagegen seien rückläufig.

Das Motto des Gewerkschaftstages in Bremen lautete „Soziale Verantwortung im demografischen Wandel“. Zu Gast waren neben dem dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt und

dem dbb Fachvorstand und Zweitem Vorsitzenden Willi Russ auch die Bremer Finanzsenatorin Karoline Linnert.
(06/46/13)

BBB: Handlungsbedarf bei Ballungsraumzulage auch im Tarifbereich

(dbb) Im Bereich des TV-L ist die Ballungsraumzulage in Bayern im „Tarifvertrag über eine ergänzende Leistung an Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende des Freistaats Bayern“ (TV-EL) geregelt. Diese Regelung wird nun an den Beamtenbereich angepasst, der entsprechende Änderungsstarifvertrag demnächst unterzeichnet. Das teilte der Bayerische Beamtenbund BBB am 20. November 2013 mit.

Hintergrund ist eine geplante Änderung am Bayerischen Besoldungsgesetz. Dieses bindet die Gebietskulisse der Ballungsraumzulage an das Landesentwicklungsprogramm (LEP). Im LEP wurde zum 1. September 2013 der bisherige „Stadt- und Umlandbereich München“ durch den „Verdichtungsraum München“ ersetzt. Damit wurde die Gebietskulisse deutlich erweitert, auf der anderen Seite sind einige Gemeinden herausgefallen. Der Forderung, den TV-EL entsprechend abzuändern, ist das Finanzministerium in Bayern nachgekommen. Darüber hinaus soll, entsprechend der Praxis im Beamtenbereich, die Ballungsraumzulage in Form der Besitzstandsregelung an alle bisher Berechtigten und vorab übertariflich an die Berechtigten in den neu hinzu gekommenen Gebieten gezahlt werden. Daher wird bis auf

weiteres die Ballungsraumzulage den bisher sowie den nach der künftigen Regelung Berechtigten vorgriffsweise unter Rückforderungsvorbehalt gezahlt.

Der Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV) wurde ebenfalls gebeten, seinen Mitgliedern Zahlungen sowohl an alle bisher Berechtigten als auch neu hinzukommenden Berechtigten zu gestatten. Der KAV Bayern antwortete, dass er seinen Mitgliedern bereits empfohlen habe, die Ballungsraumzulage an die bisher berechtigten Beschäftigten unter Rückforderungsvorbehalt weiterzuzahlen und im Übrigen die Anpassung des TV-EL abzuwarten. Er gehe davon aus, dass darüber hinaus ein weiterer Handlungsbedarf derzeit nicht bestehe.
(07/46/13)

Dienstrechtsreform in Sachsen: SBB will Zeit für Änderungen nutzen

(dbb) Der Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtags hat in seiner letzten Sitzung die Beratung zur Dienstrechtsreform von der Tagesordnung genommen. Der Sächsische Beamtenbund (SBB) hat daraufhin am 18. November 2013 die Landesregierung aufgefordert, die so gewonnene Zeit für dringend notwendige Änderungen zu nutzen.

Die Koalition aus CDU und FDP müsse die offensichtlichen Schwachpunkte des Gesetzes beseitigen. Dazu gehörten die vom SBB immer wieder geforderte Wiedereinführung der Sonderzahlungen sowie die nicht erfolgte zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses vom März 2013 für Beamte.

Ein weiterer Kritikpunkt sei die kaum veränderte Beförderungspraxis. Hier hatte der SBB beispielsweise schon früh die Anerkennung von

über lange Zeiträume erbrachten Leistungen für ältere Beschäftigte gefordert. „In Zeiten, in denen durch eine Föderalismusreform die Länder in die Lage versetzt werden das Landesbeamtenrecht selbst zu regeln, muss man den Wettbewerb um fähige Mitarbeiter auch durch gezielte Leistungsanreize führen“, sagte Gerhard Pöschmann, Landesvorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes dazu.
(08/46/13)

Besoldungs- und Versorgungserhöhung: NBB von Regierungsfractionen enttäuscht

(dbb) Der Vorsitzende des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion Friedhelm Schäfer hat am 20. November 2013 in Hannover die Regierungsfractionen in Niedersachsen dafür kritisiert, dass sie sich auf ihrer abschließenden Beratung zum Haushalt 2014 nicht für eine Rücknahme der Verschiebung der Besoldungs- und Versorgungserhöhung stark gemacht haben.

„Die beamteten Beschäftigten und die Versorgungsempfänger unseres Landes und seiner Kommunen sind maßlos enttäuscht darüber, dass die Regierungsfractionen nicht die Chance genutzt haben, den Finanzminister zur Offenlegung der tatsächlichen haushalterischen Möglichkeiten zu bewegen“, sagte Schäfer. „Hätten sie dieses getan, wäre die Erhöhung der Besoldung und Versorgung zum 1. Januar 2014 um 2,95 Prozent möglich, weil sie durch die Ist-Situation im Haushalt 2013 und die bestätigte stabile Situation der Einnahmeerwartung für 2014 abgesichert wäre.“

Nun könne allein die Landesregierung die vorgesehene Verschiebung noch stoppen. „Wir erwarten vom Ministerpräsident und seinem Finanzminister, dass sie mit Blick auf ihre Verpflichtung dem Personal gegenüber die Entscheidung erneut überdenken. Von den Oppositionsfractionen erwarten wir, dass sie entsprechende Anträge in den Landtag einbringen. Die Abgeordneten der Regierungsfractionen sollten damit in die Situation gebracht werden, sich bewusst für oder gegen die Interessen der Beamten und Versorgungsempfänger auszusprechen“, so der NBB-Chef. (09/46/13)

Entwurf für Doppelhaushalt 2014/2015: dbb rheinland-pfalz trifft Fraktionen

(dbb) Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz ist in Mainz mit den Fraktionen der Grünen (18. November 2013) und der CDU (21. November 2013) zusammengekommen, um über den Entwurf für den Doppelhaushalt für 2014 und 2015 zu beraten. Die dbb-Vertreter brachten in beiden Gesprächen erneut ihre vehemente Ablehnung der „5x1-Prozent-Deckelung“ der Besoldungs- und Versorgungsanpassung zum Ausdruck.

Darüber hinaus seien Investitionen in den öffentlichen Dienst notwendig, beispielsweise für die mit dem neuen Laufbahnrecht eingeführte Fortbildungsqualifizierung, die Anpassung der Sätze in der Erschwerniszulagenverordnung sowie nicht zuletzt die für die Nachwuchsgewinnung notwendige Verbesserung der beruflichen Perspektiven. Deshalb, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, müsse der Gesetzgeber die SpARBREMSE lösen oder deren Druck anders verteilen.

Auf scharfe Ablehnung seitens des dbb trafen die Pläne der CDU-Fraktion, die Stellenzahl im Landesdienst bis 2020 durch die Streichung von 12.300 Stellen wieder auf den Stand von

1991 zurückzuführen. Das wären noch einmal deutlich mehr Streichungen, als ohnehin von der Rot-Grünen Regierung geplant. Helfen soll dabei ein personalwirtschaftlicher Verschiebebahnhof namens Personalvermittlungsstelle. „Bei allem Verständnis für die Sparrichtung: Das Pferd darf nicht von hinten aufgezügelt werden. Die Zahl verzichtbarer Stellen kann erst feststehen, wenn der künftige Aufgabenzuschnitt festgelegt ist. Und welcher Frust beim Einzelnen entstehen kann, wenn er einer internen Personalvermittlung zugewiesen wird, das haben wir in der Vergangenheit etwa bei den Post-Nachfolgeunternehmen gesehen“, sagte der dbb Landesvize Gerhard Bold. (10/46/13)

Personalrätekonferenz des dbb sachsen-anhalt: Arbeitsschutz und Gefährdungsbeurteilung

(dbb) Der dbb sachsen-anhalt hat am 20. November 2013 seine Personal- und Betriebsräte zum Thema „Arbeitsschutz und Gefährdungsbeurteilung“ zu einer Konferenz nach Magdeburg eingeladen. „Mit dem demografischen Wandel erhalten Arbeits- und Gesundheitsschutz einen noch höheren Stellenwert. Die Einhaltung technischer und sozialer Arbeitsschutzbestimmungen ist eine grundlegende Voraussetzung für eine alters- und altersgerechte Personalpolitik“, sagte dbb Landesvorsitzender Maik Wagner.

Der Arbeitsschutz habe oft nicht den Stellenwert, der ihm gebühre. Es gebe Beschäftigte, für die Arbeitsschutz ein lästiges Übel sei und es gebe Arbeitgeber, die aus Zeit- und Kostengründen den Schutzpflichten nicht oder nur unzureichend nachkommen. Wagner hatte auch ein Beispiel parat: Durch die personelle Unterbesetzung der Autobahn- und Straßenmeistereien in Sachsen-Anhalt könnten die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst gerade noch die Verkehrssicherheit aufrechterhalten, dringend notwendige Unterhaltungsarbeiten würden dagegen vernachlässigt und auf unbestimmte Zeit verschoben. „Es wird auf Verschleiß gefahren. Dabei werden arbeitsschutzrechtliche Ruhe- und Fahrzeitregelungen missachtet, die zu Unfällen führen können. Aufgedeckt werden solche Verstöße nur selten, weil die Arbeitsschutzverwaltung in Sachsen-Anhalt nicht im notwendigen Umfang tätig werden kann, weil hier Personal ebenfalls abgebaut wurde“, kritisiert der dbb Landesvorsitzende.

Die Gefährdungen seien je nach Branche unterschiedlich hoch. In der Landesverwaltung, den Kommunen und bei den Sozialversicherungsträgern seien Büroarbeitsplätze die Regel. Hier passierten seltener Arbeitsunfälle als zum Beispiel bei den Beschäftigten des Straßensicherheitsdienstes. Dennoch müsse auch hier Arbeitsschutz organisiert werden. „Das Durchschnittsalter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unseres Landes ist inzwischen so hoch, dass ein Schwerpunkt des Arbeitsschutzes auf die altersgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitszeitsystemen gelegt werden muss“, so Wagner. Die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten des Landes Sachsen-Anhalt seien durch einen präventiven und systemorientierten Arbeitsschutz, ergänzt durch Maßnahmen einer betrieblichen Gesundheitsförderung zu erhalten und zu verbessern. (11/46/13)

Große Beteiligung am Parlamentarischen Abend des dbb brandenburg

(dbb) Am 20. November 2013 veranstaltete der dbb brandenburg seinen traditionellen Parlamentarischen Abend im Brandenburger Landtag in Potsdam. Der dbb-Landesvorsitzende Ralf Roggenbuck zeigte sich hinsichtlich der großen Beteiligung aus Politik sowie Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden sehr zufrieden: „Wir freuen uns über die sehr gute Resonanz auf unsere Einladung. Dies zeigt den Stellenwert des dbb brandenburg als gewerkschaftliche Spitzenorganisation im öffentlichen Dienst des Landes für den kontinuierlichen Dialog mit der Politik.“

Der Parlamentarische Abend bot den etwa 100 Gästen die Möglichkeit, jenseits von offiziellen Zwängen miteinander ins Gespräch zu kommen, um Erfahrungen und Standpunkte auszutauschen. Begrüßt wurden sie durch Landtagspräsident Gunter Fritsch. Brandenburgs Innenminister Ralf Holzschuher sowie der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik und Stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Berra hielten kurze Reden.

Zugegen waren die Minister für Finanzen, für Justiz, für Frauen und Soziales sowie die Wissenschaftsministerin, ebenso wie die Fraktionsvorsitzenden der SPD, der Partei Die Linke und der CDU. Weiterhin konnte Landesvorsitzender Roggenbuck die Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Astrid Hollmann und Thomas Eigenthaler sowie den Landesvorsitzenden des dbb berlin, Frank Becker, begrüßen. (12/46/13)

Neuer Bundesvorsitzender der Justiz-Gewerkschaft gewählt

(dbb) Emanuel Schmidt ist auf dem 21. Bundesgewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) vom 12. bis 14. November 2013 in Berlin zum neuen Bundesvorsitzenden der Fachgewerkschaft gewählt worden. Der 40 Jahre alte Bewährungshelfer erklärte nach seiner Wahl, er freue sich darauf, „meinen Teil zum Erhalt einer funktionierenden Justiz beitragen zu dürfen“. Unter seiner Führung werde die DJG Bund mit der Unterstützung von 16 Landesverbänden dem Kahlschlag in der Justiz von Bund und Ländern entschieden entgegenzutreten.

Schmidt sagte: „Transparenz und Kommunikation sind für die Arbeit unserer Gewerkschaft unerlässlich.“ In Anbetracht der politischen Lage müsse man näher zusammenrücken und vom einfachen bis in den richterlichen Dienst an einem Strang ziehen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die dritte Gewalt im Staat bis zur Funktionsunfähigkeit geschwächt wird“, so Schmidt mit Blick auf die dauerhafte Überlastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften. „Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben einen Anspruch auf gerechte Verfahren, transparente und schnelle Entscheidungen,

zuverlässige Täterverwahrung – Rechtsgewähr und Sicherheit. Wir können es nicht riskieren, dass Straftäter wegen Personalmangels und leerer Kassen wieder auf freien Fuß kommen.“

Gastredner der Bundestagsfraktionen hatten auf dem Bundesgewerkschaftstag den Vorbildcharakter der deutschen Justiz in Europa immer wieder betont. Dazu Schmidt: „Wenn die Mittel weiterhin gekürzt werden, laufen wir Gefahr, vom Vorbild zum Mahnmal zu werden.“ (13/46/13)

DPoIG-Chef Wendt: „Mehr Mittel für polizeiliche Zusammenarbeit in Europa“

(dbb) Am 7. November 2013 einigte sich der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) in Brüssel unter anderem bezüglich noch offener Fragen zur EU-Verordnung über den Asyl- und Migrationsfonds. Zudem verständigten sich die Diplomaten auf ein Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, begrüßte die Einigung, fordert aber mehr Mittel besonders für die Zusammenarbeit der Polizeibehörden. „Wir müssen deutlich mehr in die Vernetzung der nationalen Polizeibehörden investieren, wenn wir die grenzübergreifende Kriminalität in Europa wirksam bekämpfen wollen.“ Die Einigung im AStV ist ein wichtiger Zwischenschritt zur Verabschiedung der Fachverordnung durch Rat und Parlament.

Wendt bewertete auch die Verständigung über den Asyl- und Migrationsfonds positiv. Insgesamt müssten die europäische Flüchtlings- und die Einwanderungspolitik verstärkt weiterentwickelt werden. „Die Effektivität der Zusammenarbeit der Grenzschutzbehörden und der Unterstützung von Frontex muss zunehmen.“ Gleichzeitig dürfe die EU die Asylfrage nicht isoliert betrachten. „Europa braucht ein schlüssiges Gesamtkonzept. Das fängt bei der Nachbarschaftspolitik an, betrifft vor allem auch die Entwicklungszusammenarbeit und eine gemeinsame europäische Strategie für den nahöstlichen Krisenbogen.“ Die EU müsse zu einem humanen, solidarischen und sicheren Raum der Freiheit, der Sicherheit und des

Rechts werden. „Damit das gelingt, muss nicht zuletzt mehr für die innere Sicherheit und die Vernetzung der Polizeibehörden getan werden. Das gilt nicht nur für die technische, sondern vor allem auch für die personelle Ausstattung.“

Zurzeit laufen die so genannten Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission über die Ausgestaltung des Ressorts Inneres im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2014 bis 2020. Die am 12. November erzielte Einigung des Rates und des Parlaments auf den EU-Haushalt 2014 hat den Weg freigemacht für die MFR-Verordnung. Auf deren Grundlage wird auch die Fachverordnung für den Bereich

der Inneren Sicherheit, unter anderem mit dem Asyl- und Migrationsfonds und dem Fonds Innere Sicherheit, der die polizeiliche Zusammenarbeit und die Sicherung der Außengren-

zen umfasst, verabschiedet werden können. Die Federführung in den Verhandlungen liegt beim Bundesinnenministerium. (14/46/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Demografischer Wandel, Fachkräfte- und Nachwuchsmangel stellen für den öffentlichen Dienst eine besondere Herausforderung dar. Darauf hat **Hans-Ulrich Benra**, dbb Fachvorstand Beamtenpolitik und Stellvertretender Bundesvorsitzender, in einem Gastbeitrag für das Vivento Kundenmagazin *Wellenlänge* (Ausgabe 11/2013) hingewiesen. Im immer schärferen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um qualifizierte junge Menschen könne der öffentliche Dienst beispielsweise mit dem Angebot von dualen Studiengängen, Qualifizierungs- und Aufstiegsmaßnahmen und nicht zuletzt flexiblen Arbeitsbedingungen einen durchaus attraktiven Rahmen bieten. Allerdings müssten lebensältere Beschäftigte und Frauen noch gezielter gefördert werden.

Im Potsdamer kamen am 13. November 2013 der Brandenburger Innenminister Ralf Holzschuher, und **Willi Russ**, dbb Fachvorstand Tarifpolitik und Zweiter Bundesvorsitzender, zu einem Kennenlerngespräch und Meinungsaustausch zusammen. Im Zentrum des Gesprächs stand der Tarifvertrag über Maßnahmen zur Begleitung des Umbaus der Landesverwaltung Brandenburg (TV Umbau). Russ kündigte an, dem Innenminister zeitnah die Forderungen des dbb übermitteln zu wollen.

Der BDZ-Bundesvorsitzende **Klaus H. Leprich** hat am 14. November 2013 auf einer internationalen Fachkonferenz der Hanns-Seidel-Stiftung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität über die besondere Rolle des Zigaretenschmuggels referiert und an einer Podiumsdiskussion teilgenommen. Der Konsum geschmuggelter und gefälschter Zigaretten hat in der Europäischen Union 2012 ein Rekordhoch erreicht. Die finanziellen Verluste allein für die deutsche Volkswirtschaft sind massiv: Staat und Wirtschaft entsteht ein Schaden von 5,5 Milliarden Euro jährlich. Allein die Steuerausfälle belaufen sich auf 4,2 Milliarden Euro.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat am 18. November 2013 erneut gefordert, Gewalttättern rund um den Fußball kein Forum zu bieten. „Wir fordern den DFB, die DFL und die Vereine auf, endlich auch im Bereich der reisenden Fußballrowdies zu handeln und sich nicht nur auf die Stadionsicherheit zu beschränken“, prangert der stellvertretende Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, **Horst Pawlik**, die zunehmende Gewalt an. „Die Missstände sind längst bekannt, eine Verantwortung wird immer noch nicht übernommen, sondern alles auf die Polizei abgewälzt.“ Die Verantwortlichen sollten ihre Fans mit Sonderzügen, sogenannten bestellten Verkehren, zu den Spielorten zu fahren und die Sicherheit dort zudem durch Fanbeauftragte gewährleisten. Weiterhin sollen die Vereine einschneidende Maßnahmen gegen randalierende Fußballfans ergreifen, egal ob sie im, auf dem Weg zum oder vor dem Stadion auffällig werden.

Die Bundesvorsitzende vom Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen **Angelika Rehm** hat vor einem „Akademisierungswahn“ gewarnt. „Wir schielen viel zu sehr auf das angelsächsische Modell einer Akademisierung der Berufe“, sagte Rehm der *Wirtschaftswoche* (Ausgabe vom 30. Oktober 2013) und kritisierte die OECD. „Die Macher der OECD-Studien kennen nicht unser berufliches Schulwesen und meinen daher, das Allheilmittel sei, dass alle Abitur machen.“ Dabei werde ignoriert, dass das System der dualen Berufsausbildung Deutschland, Österreich und der Schweiz ein essentieller Bestandteil der Wirtschaft sei.

Mit zwei Beschlüssen hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 12. November 2013 die Rechtsauffassung der **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer** (GDL) und der klagenden Betriebsräte zur Mitbestimmung bei Unternehmensbekleidung, aber auch zu ausschließlich dienstlich genutzten Arbeitsmitteln (mobiles Terminal, Mobiltelefon etc.) gestärkt.

Damit werden die Eisenbahnverkehrsunternehmen in Zukunft das Umziehen in den Meldestellen, aber auch die Übernahme der dienstlichen Arbeitsmittel bei der Schichtgestaltung berücksichtigen müssen. Zugleich liegt mit den Beschlüssen die Verantwortung für ausschließlich dienstlich genutzte Arbeitsmittel wieder beim Arbeitgeber und nicht mehr bei den Arbeitnehmern.

Am 21. November 2013 kamen vor der Behörde für Inneres und Sport in Hamburg etwa 150 Polizistinnen und Polizisten zu einer Mahnwache zusammen, um gegen die Halbierung der Beförderungsmöglichkeiten bei der Hamburger Polizei zu protestieren. **Joachim Lenders**, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG) sagte: „Die Entscheidung vom Innensenator, nur rund die Hälfte der möglichen Beförderungen zu veranlassen und rund 900.000 Euro an Hamburgs Polizeibeamtinnen und -beamten zu ‚verdienen‘, hat innerhalb der Polizei eine Vertrauenskrise ausgelöst.“ Die innere Sicherheit habe für den Hamburger Senat – trotz wortreicher, gegenteiliger Beteuerungen – offensichtlich keine Priorität.
(15/46/13)